

Sabine NAGATA: *Untersuchungen zum Konservatismus im China des späten 19. Jahrhunderts. Dokumentation zur Reaktion gegen K'ang Yu-wei*. Veröffentlichungen des Ostasien-Instituts der Ruhr-Universität Bochum, Band 21, Wiesbaden: Otto Harrassowitz, 1978.

Sabine Nagata hat die dankenswerte Aufgabe übernommen, die konservative Reaktion in China auf das Reformprogramm K'ang Yu-weis zu untersuchen, mit dem dieser nach der chinesischen Niederlage im Chinesisch-Japanischen Krieg 1895 und den für China schmachvollen Bestimmungen des Vertrages von Shimonoseki an die Öffentlichkeit trat und das in der Reformbewegung der „Hundert Tage“ 1898 vorübergehend in die Tat umgesetzt wurde. Sie greift damit einen Aspekt auf, der bisher in der Literatur weitgehend vernachlässigt worden ist. Dabei ist eine gewisse Sympathie für die Haltung der konservativen Reformgegner in der Auseinandersetzung mit K'ang Yu-wei unverkennbar, dem die Verfasserin wiederholt ein zu radikales Brechen mit der konfuzianischen Tradition zum Vorwurf macht. Insofern hält sie den in der Einleitung formulierten Anspruch nicht durch, auf wertende Urteile verzichten zu wollen – eine durchaus begrüßenswerte Inkonsistenz falsch verstandener wissenschaftlicher Objektivität. Ihre Kritik an den „zu radikalen“ Forderungen K'ang Yu-weis führt die Autorin dazu, den Fehlschlag der Reformbewegung von 1898 damit zu erklären, daß „das chinesische Volk zu jenem Zeitpunkt für eine politische Willensbildung noch nicht reif war und außerstande gewesen wäre, mit den von K'ang Yu-wei vorgeschlagenen Freiheiten umzugehen“. (S. 165) Eine sehr explizite, wenn auch höchst fragwürdige Wertung!

Die Verfasserin stellt die Reformbewegung von 1898 in den Traditionsrahmen der chinesischen Geschichte, indem sie als Beispiele früher Reformer auf Shang Yang aus der Zeit der Streitenden Reiche (475–221 v. Chr.) und Wang An-shih (1021–1086) aus der Nördlichen Sung Zeit (960–1127) verweist. Ausführlich geht sie auf die „Selbststärkungsbewegung“ (Tzu-ch'iang yün-tung) als Reaktion auf die Niederlagen Chinas in den Opiumkriegen ein, die bei aller Bereitschaft zur Übernahme westlicher Techniken, vor allem im militärischen Bereich, doch an der konfuzianischen Tradition als der geistigen Grundlage allen staatlichen und gesellschaftlichen Lebens in China festhielt.

Schon die Vertreter der Selbststärkungsbewegung stießen jedoch auf den Widerstand breiter Schichten der orthodoxen Beamenschaft, die die Übernahme westlicher Technologie aufgrund der kulturellen Überlegenheit Chinas für überflüssig und schädlich hielten. Sie sahen in den Tendenzen, die künftigen Beamten mit westlichen „Kunsthfertigkeiten“ vertraut zu machen, die Gefahr einer Auflösung der sozialen Strukturen der chinesischen Gesellschaft mit entsprechenden negativen Auswirkungen auf den Bestand des politischen Systems.

Die Gegner der Reformpolitik stammten aus den verschiedensten Schichten der Bevölkerung. Gemeinsam war ihnen jedoch die „Furcht vor dem Verlust ihrer Stellungen und Privilegien“. (S. 81) Den Hauptträger der Reaktion gegen K'ang Yu-wei sieht die Verfasserin in der konservativen Beamenschaft. Der traditionellen konfuzianischen Lehre verbunden, habe sich diese gegen die Neuinterpretation der Klassiker des Konfuzianismus durch K'ang gewandt, insbesondere aber dagegen, daß K'ang die Rolle von Konfuzius als Religionsstifter und politischen Reformers stark hervorhob. Hierin sah man eine gefährliche Häresie, hinter der man die nur notdürftig versteckte Absicht K'angs vermutete, seine eigenen Reformpläne durch Rückverweis auf Konfuzius' reformerisches Denken zu legitimieren.

Die wohl bedeutsamste Kontroverse zwischen Reformern und der konservativen Beamtenschaft entzündete sich an der Reform des politischen Systems Chinas. Während die Gruppe um K'ang Yu-wei eine institutionelle Neuordnung für notwendig hielt, meinten die Vertreter der konservativen Opposition dem zunehmenden Verfall der politischen und administrativen Ordnung aufgrund von Korruption, Nepotismus, Ämterkauf und Bestechung durch Rückkehr zu den konfuzianischen Idealen von Herrscherpflichten und Untertanentugenden begegnen zu können. So schrieb der Zensor Ch'u Ch'eng-po: „In der gegenwärtigen Lage ist unser Problem nicht, daß wir keine guten Institutionen haben, sondern daß uns rechtschaffene Männer fehlen. Wenn wir die Institutionen zu reformieren beabsichtigen, müssen wir zuerst die Gemüter der Menschen reformieren“. (S. 110)

Die Verfasserin begründet die Ablehnung einer Übernahme westlicher politischer Institutionen mit einem unter den orthodoxen Gelehrten stark ausgeprägten kulturellen Überlegenheitsgefühl. „Je mehr der Westen militärische und praktische Siege aufweisen konnte, um so entschiedener verwiesen konservative Philosophen auf die geistigen und kulturellen Leistungen Chinas, zu denen ihrer Meinung nach gerade auch das Verwaltungssystem zu zählen war, das sich auf Loyalität und persönliche Integrität stützte“. (S. 117)

Eine Demokratisierung der chinesischen Gesellschaft, etwa durch die Einschaltung eines Parlaments in den politischen Willensbildungsprozeß im Rahmen einer konstitutionellen Monarchie, wurde von den Reformgegnern verworfen. Für sie war die absolute Monarchie nach wie vor die einzig adäquate und einzig legitime Regierungsform Chinas.

In Abgrenzung zu den strikten Reformgegnern arbeitet die Verfasserin auch die Kritik der sog. Altreformer um Chang Chih-tung an K'ang Yu-wei heraus. Aufgrund unterschiedlicher Ansichten hinsichtlich des Inhalts, der Methoden und des Zieles der Reformen sowie hinsichtlich des akzeptierten Grades der „Verwestlichung“ seien die Altreformer immer deutlicher in die Nähe der reaktionären Antireformer gerückt.

Besondere Wichtigkeit mißt die Autorin der Kontroverse um die Reform des Erziehungs- und Prüfungswesens bei, der sie ein eigenes Kapitel widmet. „Kaum eine Reform auf anderen Gebieten griff so entscheidend in das Leben der Gentry ein und veränderte ihre Lage so von Grund auf wie die von K'ang Yu-wei geforderte Modernisierung auf dem Bildungssektor“. (S. 145) Entsprechend vehement war die Opposition der klassisch gebildeten Beamten. Die Ersetzung des „acht-gliedrigen Aufsatzes“ durch spezialisierte Prüfungsgebiete bedeutete in ihren Augen den Bruch mit einer seit Jahrhunderten bewährten Form der Auslese der Staatsbeamten und eine direkte Gefährdung ihres sozialen Status.

Erst 1905 wurde das traditionelle Prüfungswesen in China abgeschafft – ein letzter vergeblicher Versuch der sich in Auflösung befindlichen Ch'ing Dynastie, durch ein partielles Zugeständnis an die sich als unvermeidlich erweisende Modernisierung des Landes das drohende Ende der absoluten Monarchie hinauszuzögern.

Die Lektüre der Studie von Sabine Nagata wird ein wenig getrübt durch die bisweilen etwas hölzerne Form der Darstellung, gelegentlich auch durch recht unglückliche Formulierungen. Warum soll man die Furcht der Reformgegner unter der Beamtenschaft vor sozialem Abstieg und ihren dadurch begründeten Kampf gegen die Reformen nicht als das bezeichnen, was sie waren, nämlich die – subjektiv vollkommen verständliche – Verteidigung von Klasseninteressen, anstatt von „auf Fortdauer gerichtete(m) Lebensinstinkt“ (S. 81) bzw. einem „kollektiven Selbsterhaltungstrieb“ (S. 163) zu sprechen.

Auch die doch etwas pauschale Klassifizierung von „Demokratie als Regierungsform der Mittelschicht, wie sie im Westen praktiziert wird“ (S. 138), die K'ang Yu-wei angesichts der Tatsache, daß das chinesische Volk aus „Analphabeten (bestand), die nicht in der Lage sein konnten, politische Entscheidungen vorzunehmen“ (ebenda), billigerweise nicht fördern konnte, ist ärgerlich.

Dennoch: eine insgesamt lohnende Lektüre, die für denjenigen, der die Reformbewegung von 1898 aus einer anderen als der geläufigen Perspektive kennenlernen möchte, zweifellos gewinnbringend ist.

Matthias Naß (Hamburg)